Konflikt Nordmali

Die Lösung des erneut seit Anfang 2012 eskalierten Nordmali-Konflikts ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft Malis. Die Ursachen des Konflikts sind komplex und beinhalten sowohl ethnische, politische, ökonomische wie auch ökologische Faktoren. Zuvor wurde Nordmali zuletzt in den Jahren 1991 bis 1995 von einem schweren militärischen Konflikt erschüttert. Die Ursachen und der Verlauf dieses Konflikts, der 1996 offiziell beigelegt wurde, werden auf der Internetseite des GIZ Programms Mali-Nord beschrieben.

Nach Beendigung dieses Konflikts lief in Nordmali ein umfassendes Nothilfe- und Wiederaufbauprogramm an, an dem die deutsche Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich beteiligt war, und das Hunderttausende in die Nachbarländer geflohene Flüchtlinge (zumeist Tuareg) zur Rückkehr bewegen konnte. Das Programm Mali-Nord galt als Modellprojekt zur Konfliktbeilegung und trug in erheblichem Maße zur Überwindung der Folgen des Konflikts bei. Dieses förderte auch die Kooperationen verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Nach Jahren weitgehender Ruhe verschlechterte sich zwischen 2006 und 2009 erneut die Sicherheitssituation in der Region Kidal. Einen ersten vorläufigen Höhepunkt stellte die Entführung einer Gruppe von Soldaten dar. Hinter den Angriffen wurde die Rebellengruppe ATNMC vermutet, die enge Kontakte zu Tuareg-Rebellen in Nordniger nachgesagt wurden. Ehemalig führende Tuareg-Rebellen hingegen kritisierten die Gewalttaten und riefen zum Dialog auf.

Nach Rebellenangriffen auf einen nahe der algerischen Grenze gelegenen Militärposten, an dessen Versorgung sich auch US-Militär beteiligte, begann die Armee 2007 eine Gegenoffensive. Sie konnte den Rebellen erhebliche Verluste zufügen, wobei die Erfolge vor allem Tuareg-Einheiten der Armee zugeschrieben wurden. Nach der Zerstörung der wichtigsten Rebellenbasis

Anfang 2009 ergaben sich Hunderte von Rebellen, und der Rebellenführer Bahanga floh nach Libyen.

Als weiterhin problematisch erwies sich allerdings die Anwesenheit der Terrorgruppe Al Qaida au Maghreb islamique (AQMI). Denn diese unterhielt enge Verbindungen zu einem Teil der Rebellen. Als Reaktion darauf begann die algerische Regierung. die malische Armee mit Waffen, Munition und Ausrüstungen zur Satellitenortung zur Bekämpfung der AQMI zu unterstützen. Zudem kündigten Algerien, Mali, Niger und Mauretanien zur Bekämpfung der AQMI die Errichtung einer gemeinsamen Kommandozentrale in Südalgerien an.

2009 wurde ein zur Bekämpfung der AQMI zuständiger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter in Timbuktu ermordet. Spätestens nach diesem Attentat, das als eine Kriegserklärung der AQMI bewertet wurde, stellte sich die Frage, ob die malischen Sicherheitskräfte zur Bekämpfung der AQMI genug vorbereitet und ausgerüstet waren.

Fortan versuchte die Regierung in höherem Maße, lokale Bevölkerungsgruppen und auch ehemalige Rebellen zum Kampf gegen die AQMI zu bewegen. Zudem kündete sie speziell für die Region Kidal aufgegleiste Entwicklungsprogramme an, deren Durchführung jedoch durch die weiterhin unsichere Lage erschwert wurde. Ende 2009 organisierte die Regierung ein Aussöhnungstreffen in Kidal, an dem Vertreter aller nordmalischen Ethnien teilnahmen. Zur gleichen Zeit verkündeten einige Rebellengruppen die Unterlassung eines weiteren bewaffneten Kampfes von Libyen aus. Aber andere Rebellengruppen drohten wiederum mit einer Fortführung des Kampfes.

Seit 2010 überschritten mauretanische Truppen bei der Bekämpfung der AQMI mehrfach die malische Grenze und lieferten sich heftige Gefechte mit Kämpfern der AQMI aus. Ende 2010 wurden vorübergehend mauretanische Soldaten auf malischem Territorium stationiert. Ziel des Einsatzes war es, die AQMI

im Grenzgebiet gemeinsam mit malischen Truppen zu bekämpfen.. Und zwar jene der AQMI, die mauretanische Sicherheitskräfte nahe der malischen Grenze angegriffen hatten. Die Extremisten konnten jedoch nicht dauerhaft aus den umkämpften Gebieten vertrieben werden. Insbesondere im Savannengebiet von Oagadou werden noch Basen bewaffneter Gruppen vermutet, die weiterhin Teile Zentral- und Westmalis bedrohen.

Die 2011 gemeldete Rückkehr Bahangas aus dem libyschen Exil stand möglicherweise in Zusammenhang mit Bemühungen der Regierung, ehemalige Rebellen für die Aufstellung neuer Spezialeinheiten zur Bekämpfung der AQMI zu gewinnen. Zum Befehlshaber dieser Spezialeinheiten wurde mit Offizier Bah Moussa ein ehemaliger Rebell benannt. Kritische Stimmen in Mali warnten jedoch hinsichtlich dessen vor einer verstärkten Einbeziehung ehemaliger Rebellen im Kampf gegen die AQMI. Bah Moussa lief später zu den islamistischen Rebellen über und zählte zu den Gründern der Ansar Dine-Miliz.

Während einer feierlichen Zeremonie wurden Anfang 2011 in Kidal Hunderte, zuvor im Rahmen einer Entwaffnungskampagne abgegebener, Kleinwaffen verbrannt. An diesem Anlass plädierte der damalige Präsident Touré für eine endgültige Abkehr von Gewalt und für die Konzentration aller Kräfte auf den Wiederaufbau in Nordmali. Überschattet wurde die Zeremonie jedoch von Drohungen Bahangas, der als der radikalste Rebellenführer in Nordmali galt, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen. Mitte 2011 fand Bahanga unter weitgehend ungeklärten Umständen den Tod in Nordmali.

Ab Ende 2011 spitzte sich erneut die Sicherheitslage in Nordmali zu. In Timbuktu wurden drei europäische Touristen entführt und ein deutscher Tourist erschossen. Kurz darauf wurden in Hombori zwei Franzosen entführt. Als alarmierend wurde auch die Tatsache bewertet, dass einige hochrangige, der Volksgruppe der Tuareg angehörende Mitglieder der Sicherheitskräfte desertierten. Gleichzeitig gab sich die vorwiegend aus Songhay bestehende Ganda Koy-Miliz zunehmend

kampfbereit.

Im Januar 2012 griffen Rebellen der zwei Monate zuvor gegründeten MNLA die Städte Ménaka, Aguelhok und Tessalit an, wobei sie von islamistischen Rebellen unterstützt wurden. In Aguelhok verübten Rebellen ein Massaker an über 70 gefangen genommenen Soldaten. Daraufhin kam es in Bamako und anderen Städten Südmalis zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Angehörige hellhäutiger Volksgruppen und Protesten gegen die Nordmali-Politik der Regierung. Präsident Touré und andere führende Politiker verurteilten die Ausschreitungen in aller Deutlichkeit. Dennoch flohen Tausende Tuareg und Mauren aus Angst vor weiteren Übergriffen und Kämpfen außer Landes.

Im März 2012 gelang es den Rebellen nach wochenlangen Kämpfen und Belagerung die Eroberung von Tessalit. Mit der Eroberung der strategisch wichtigen Stadt und Armeegarnison fügten sie der Armee eine schwere Niederlage zu. Die Kampfkraft der Rebellen wurde durch die hohe Anzahl von Tuareg-Soldaten der geschlagenen libyschen Armee erheblich erhöht, indem diese nach Ende des libyschen Bürgerkriegs mit zahlreichen schweren Waffen aus libyschen Beständen nach Nordmali zurückkehrten. Die Rebellengruppen nutzten die durch den Militärputsch im März 2012 erhöhte politisch-militärische Instabilität und traten zu einer Großoffensive gegen die waffenmäßig unterlegene und zunehmend demoralisierte Armee an. Innerhalb von nur zehn Tagen eroberten sie weite Gebiete sowie die strategisch wichtigen Regionshauptstädte Kidal und Gao. Mit der Eroberung von Timbuktu gelang den Rebellen schließlich die Einnahme der letzten großen, noch von der Armee gehaltenen Stadt in Nordmali. Die Rebellengruppen hatten somit ihr militärisches Ziel erreicht und kontrollierten den gesamten Norden des Landes. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte war die Republik Mali damit de facto zweigeteilt.

Militärisches Desaster der malischen Armee und de facto

Zweiteilung des Landes

Im April 2012 erklärte die MNLA einseitig die Unabhängigkeit des von den Rebellengruppen eroberten Territoriums. Die Ausrufung des Azawad von in Frankreich lebende MNLA-Politiker stieß allerdings auf international einstimmige Ablehnung. Zudem lehnte die mit der MNLA verbündete Rebellengruppe Ansar Dine die Unabhängigkeit des Territoriums ab und verwies auf die Einführung der Sharia-Rechtsprechung als wichtigste Forderung ihrerseits. Die erheblichen Differenzen zwischen den einstigen Verbündeten führten Mitte 2012 zum offenen Bruch, und die islamistischen Rebellengruppen Ansar Dine und MUJAO verdrängten die MNLA-Rebellen aus Timbuktu und Gao. Sie fügten der MNLA dadurch eine vorerst entscheidende Niederlage bei. Im September 2012 wurde die MNLA auch aus Douentza in Zentralmali vertrieben. Dadurch konnte die MUJAO ihren Einflussbereich weiter nach Süden ausdehnen.

Ende 2012 scheiterte der Versuch der MNLA, Ménaka als einen potenziellen Stützpunkt für eine internationale Interventionstruppe zu verteidigen. Zuvor hatte die MUJAO einen Angriff der MNLA auf Gao zurückgeschlagen. Zudem verlor die MNLA die Kontrolle über die strategisch wichtige Stadt Léré nahe der mauretanischen Grenze und über weitere Gebiete an der algerischen Grenze.

In den von ihnen kontrollierten Gebieten, die Anfang Januar 2013 annähernd zwei Drittel Malis ausmachten, führten die Islamisten ein strenges Regime ein, wobei sie sich auf die Sharia beriefen. Zudem zerstörten islamistische Rebellen in Timbuktu jahrhundertealte Gräber und Mausoleen, was unter der Stadtbevölkerung für Entsetzen sorgte.

Aus den umkämpften und von Rebellen kontrollierten Landesteilen waren bis Anfang 2013 ca. 350.000 Menschen geflohen. Im Zuge der weiteren Eskalation des Konflikts erhöhte sich die Zahl der Flüchtlinge bis Mitte 2013 auf ca. 528.000 Personen. Im März 2020 befanden sich noch immer

360.000 Malier auf der Flucht. Zwar ging die Zahl der Binnenflüchtlinge seit 2013 sehr deutlich zurück. Die Zahl der Flüchtlinge in Niger, Burkina Faso und Mauretanien ging hingegen weniger deutlich zurück (142.000 Personen). Allerdings stieg seit April 2018 die Zahl der Binnenflüchtlinge wieder stark an (März 2020: 218.000 Personen).

In höherem Maße erhielten die islamistischen Rebellen Unterstützung und Zulauf von Extremisten aus Nachbarstaaten sowie aus einigen islamischen Ländern. Auch deshalb stieg die Sorge vor der Entstehung eines international bedeutenden Rückzugs- und Trainingsraums islamischer Extremisten in Nordmali. Der damalige Bundesentwicklungsminister Niebel warnte diesbezüglich im Herbst 2012 davor, dass in Nordmali ein „zweites Afghanistan" drohe.

Angesichts des desolaten Zustands der Armee wurde verstärkt über eine internationale Militärintervention diskutiert. Während insbesondere Frankreich auf eine baldige Intervention drängte, rieten die USA zunächst von einer zu raschen Intervention ab. Der UN-Sicherheitsrat genehmigte im Dezember 2012 einstimmig eine internationale Militärintervention. Drei Monate zuvor hatte Übergangspräsident Traoré die UNO und die ECOWAS um Unterstützung gebeten. Nach der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats plädierte Traoré für eine rasche Rückeroberung Nordmalis.

Die Rebellengruppen MNLA und Ansar Dine kündigten Ende 2012 ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der malischen Regierung unter algerischer Vermittlung an. Diese wurde jedoch wenige Wochen später von Ansar Dine widerrufen.

Französische Militärintervention und Beginn der MINUSMA-Mission

Seit Januar 2013 erfuhr der Konflikt eine bedeutsame Internationalisierung. Nachdem Ansar Dine die zentralmalische Stadt Konna eingenommen hatte, bat Präsident Traoré Frankreich

um militärische Unterstützung. Kurz darauf begannen französische Einheiten auf Seiten der malischen Armee in die Kämpfe einzugreifen. Sie verhinderten dadurch einen befürchteten Vormarsch der Rebellen auf die strategisch wichtige Stadt Sévaré und begannen mit der massiven Bombardierung von Stellungen und Nachschublagern der Rebellen. Eine beachtliche Rolle bei der Vorbereitung der Militärintervention spielten französische Spezialeinheiten, die bereits seit Herbst 2012 in Mali operierten. Kurz nach Beginn der französischen Intervention überfielen islamistische Terroristen ein Gasfeld in Südalgerien und wollten dadurch ein Ende der Intervention erpressen.

Ende Januar 2013 eroberten die waffentechnisch hoch überlegenen französischen Truppen (bis zu 4.500 Soldaten), unterstützt von malischen Soldaten, innerhalb von nur einer Woche die Regionshauptstädte Gao und Timbuktu von den islamistischen Rebellen zurück. Letztere leisteten keinen nennenswerten Widerstand und zogen sich vor allem in die abgelegenen Berge Nordostmalis zurück.

Die vorrückenden Truppen wurden von der großen Mehrheit der lokalen Bevölkerung als Befreier gefeiert. Jedoch auch zu Plünderungen und Racheakten kam es. Menschenrechtsorganisationen warfen der malischen Armee zudem die Folterung und Ermordung von Verdächtigen vor. Nach der Rückeroberung Gaos übernahmen zunächst tschadische und nigrische Truppen die Kontrolle über die Stadt, die trotz der Präsenz ausländischer Soldaten Ziel von Rebellenangriffen und Anschlägen blieb.

Kampflos besetzten französische Truppen auch Kidal und Tessalit als letzte größere Städte Nordmalis. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Militäroperationen beteiligten sich an der Einnahme Kidals keine malischen Truppen. Die MNLA wurde zunächst in Kidal geduldet. Frankreich räumte ein, eine «funktionale» Beziehung zu der MNLA zu unterhalten. Durch eine Zusammenarbeit mit der MNLA und tschadischen Einheiten gelang

den französischen Truppen die weitgehende Eroberung jener schwer zugänglichen Gebirgsgebiete zwischen Kidal und der algerischen Grenze, die als letzte Hochburg der islamistischen Rebellen galten.

Anfang 2013 kündigte Frankreich einen Teilabzug seiner Truppen aus Mali an. Auch der Tschad begann im April 2013 mit dem Abzug seiner kampferfahrenen Truppen. Der weitere Kampf gegen die Rebellen und die Sicherung der zurückeroberten Gebiete sollten von der malischen Armee und Truppen aus afrikanischen Staaten, die im Rahmen der MISMA entsandt wurden, fortgeführt werden. Im April 2013 beschloss der UN-Sicherheitsrat die Entsendung der Friedenstruppe MINUSMA. Deren Entsendung begann Mitte 2013, indem die Entsendung einen Großteil der MISMA-Truppen integrierte. Die MINUSMA-Mission gehört mit zu den verlustreichsten UN-Friedensmissionen. Im Juni 2020 beschloss der UN-Sicherheitsrat eine erneute Verlängerung des MINUSMA-Einsatzes um ein weiteres Jahr. Dieser wurde seit 2019 zunehmend auf die Konfliktzonen Zentralmalis ausgeweitet.

Unter Vermittlung von Burkina Faso nahm die malische Regierung Verhandlungen mit der MNLA und dem Haut conseil pour l'unité de l'Azawad auf. Die Verhandlungen führten im Juni 2013 zur Unterzeichnung einer Friedensvereinbarung. Seither kamen die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien jedoch kaum voran. Die MNLA kündigte Ende 2013 den Waffenstillstand mit der Regierung auf. Im Rahmen der 2014 begonnenen Operation Barkhane waren zeitweise rund 5.100 französische Soldaten in der Sahel-Region stationiert.

Mitte 2014 eskalierte der Konflikt erneut, als der damalige Regierungschef Mara die Stadt Kidal besuchte. Eine gefolgte Gegenoffensive von Armee-Einheiten endete in einem Desaster für diese. Als vorrangige Reaktion auf das Desaster entstand im August 2014 mit der GATIA/Groupe Auto-défense Touareg Imghad et Alliés eine neue Tuareg-Miliz. Die GATIA wurde daraufhin als „Ersatz" oder Selbstverteidigungsgruppe ins Leben gerufen, um die Interessen der regierungstreuen Tuareg-

Clans (Imghad) militärisch zu vertreten. Diese kämpfte darauf für den Erhalt der nationalen Einheit. Im November 2019 ersetzte die GATIA ihren Gründer El Haj Ag Gamou durch einen neuen Kommandanten.

Weiteres über den militärischen Verlauf

Im Februar 2015 vereinbarten die Konfliktparteien eine Waffenruhe. Im März 2015 unterzeichneten die Regierung und einige Rebellengruppen ein Friedensabkommen. Erst nach weiteren Gesprächen, die in Bamako stattfanden, unterschrieb die CMA im Juni 2015 das Friedensabkommen. Doch auch nach Unterzeichnung des Abkommens kam es in verschiedenen Landesteilen zu Anschlägen und Gefechten. Unklar bleibt, wie sich ein dauerhafter Frieden ohne Verhandlungen mit dschihadistischen Gruppen wie der Ansar Dine und der Front de libération du Macina (FLM) erreichen lässt.

Ende 2015 unterzeichneten untereinander verfeindete Tuareg-Milizen im nordmalischen Anéfis Vereinbarungen zur friedlichen Konfliktlösung. Seit Mitte 2016 eskalierten jedoch erneut die Spannungen zwischen der CMA und der GATIA. Beide Seiten lieferten sich wiederholt schweren Kämpfen in der Region Kidal. Im August 2017 schlossen die beiden Konfliktparteien zu Gunsten der Region Kidal einen Waffenstillstand. Im Dezember 2018 verhängte die UNO Sanktionen gegen drei hochrangige Repräsentanten von Milizen, denen eine Blockade in der Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 vorgeworfen wurde.

Seit 2016 wurde deutlich, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen in zunehmendem Maße auch Zentralmali erreichten. Seit Anfang 2017 kam es mitsamt schweren ethnischen Konflikten zu einer Zuspitzung der Sicherheitslage in den Regionen Ségou und Mopti. Im Dezember 2018 veröffentlichte die UNO einen Bericht, nach dem allein 2018 über 500 Zivilisten Opfer des Konflikts zwischen Fulbe– und Dogon-Milizen wurden, also natürlich von Milizen und *nicht* von Zivilisten dieser ethnischen Gruppen. Als darauffolgende

Reaktion beschloss die Regierung die Entsendung zusätzlicher Truppen nach Zentralmali. Dennoch kam es auch in der Folgezeit weiterhin regelmäßig zu schweren Gewalttaten in der Region Mopti.

Seit April 2018 verübten Islamisten in der Region Ménaka mehrere Massaker an Tuareg. Im Juni 2020 töteten französische Truppen in Nordmali den AQMI-Anführer Abdelmalek Droukdal. Im Februar 2020 kündigte der damalige Präsident Keita zum ersten Male die Aufnahme eines Dialogs mit den Islamistenführern Iyad Ag Ghali und Amadou Kouffa an.

Nach einer Phase mit relativ wenig Gewalt ist seit Oktober 2019 eine erneute Eskalation der Sicherheitslage in Teilen Zentral- und Nordmalis zu verzeichnen. Bei Angriffen auf Armeestützpunkte töteten Islamisten im Herbst 2019 zahlreiche Soldaten. Die Armee geriet trotz internationaler Unterstützung zunehmend in die Defensive. Im März 2020 wurde die europäische Spezialeinheit Takuba gegründet, um die malische Armee zu unterstützen. Im Juni 2020 beschloss der Bundestag eine erneute Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr in Mali.

Nach monatelangen Massenprotesten wurde Präsident Ibrahim Boubacar Keïta im August 2020 durch einen Militärputsch gestürzt. Im Mai 2021 festigte das Militär unter Oberst Assimi Goïta durch einen zweiten Machtübergriff seine Herrschaft und leitete eine politische Neuausrichtung des Landes ein. Diese Umbrüche führten erneut zu erheblichen Spannungen mit Frankreich und der EU, was die Grundlage für den späteren Abzug westlicher Truppen bildete.

Seit 2022 markierten der vollständige Abzug der französischen Operation Barkhane im (August 2022) sowie das Ende der UN-Mission MINUSMA (Dezember 2023) den Rückzug westlicher Truppen, während die malische Armee ihre Kooperation mit der russischen Wagner-Gruppe intensivierte. Im November 2023 gelang den Regierungstruppen mit der Einnahme der Rebellenhochburg Kidal ein strategisch bedeutender Sieg, der

die staatliche Kontrolle über alle Regionalhauptstädte erstmals seit fast einem Jahrzehnt formal wiederherstellte. Zeitgleich kam es zum endgültigen Bruch des Friedensabkommens von 2015, woraufhin dschihadistische Gruppen und Tuareg-Separatisten ihre Angriffe im Norden und Zentrum des Landes verschärften. Die militärische Lage bleibt durch eine massive Aufrüstung der malischen Streitkräfte und anhaltende asymmetrische Kriegführung geprägt.

Geiselnahmen & Freilassungen

Eine Beilegung des Nordmali-Konflikts wird auch durch ein florierendes Schmuggelwesen erschwert. Neben Migranten und Waren werden auch Waffen und Drogen transportiert. Eine international erhöhte Aufmerksamkeit erhielt der Konflikt zudem durch die Verschleppung ausländischer Geiseln. Die Freilassung eines in 2009 entführten Franzosen und die mit ihr einhergehende Entlassung islamistischer Kämpfer führte damals zu einer diplomatischen Krise mit Mauretanien.

Im Jahr 2010 kamen in Nordmali drei weitere europäische Geiseln frei, die von der AQMI unter anderem nach Mauretanien verschleppt worden waren. Es gilt heute als gesichert, dass für die Freilassung zahlreicher Geiseln in dieser Zeit immens hohe Lösegelder gezahlt wurden, auch wenn dies die daran beteiligten Regierungen oft nicht offiziell bestätigten.

Ebenfalls im Jahr 2010 missglückte der Versuch einer französisch-mauretanischen Kommandoeinheit, durch die Erstürmung eines AQMI-Lagers westlich von Timbuktu einen in Niger entführten Franzosen zu befreien. Kurze Zeit später meldete die AQMI die Ermordung der Geisel als Vergeltung für diesen Einsatz. Zwei entführte spanische Staatsbürger wurden hingegen nach Zugeständnissen an die AQMI und mutmaßlichen Geldzahlungen wenig später freigelassen.

Bereits im Jahr 2011 gab es einen weiteren tragischen Zwischenfall, als der Versuch einer französischen Spezialeinheit misslang, zwei in der nigrischen Hauptstadt

Niamey entführte Franzosen zu befreien. Die Geiseln starben während des Zugriffs der Soldaten auf malischem Territorium.

Lange Zeit war das Schicksal jener ausländischen Gruppe (darunter fünf Franzosen) ungewiss, die 2010 bei einem Überfall auf eine Uranmine im nigrischen Arlit von der AQMI verschleppt worden waren. Die letzten Geiseln aus dieser Gruppe erlangten erst Ende 2013 im mauretanisch-malischen Grenzgebiet ihre Freiheit. Es bestätigte sich, dass sie über Jahre in den unwegsamen Adrar-des-Ifoghas-Bergen in Nordmali festgehalten worden waren.

Ein im Oktober 2016 in der nigrischen Region Tahoua entführter US-Amerikaner wurde nach Mali verschleppt und befand sich jahrelang in der Gewalt von Extremisten, bis er im März 2023 freigelassen wurde. Im Juli 2017 ließ die AQMI einen entführten Schweden nach fünfeinhalb Jahren Geiselhaft frei; im selben Monat kam auch ein 2011 entführter Südafrikaner frei.

Im März 2020 wurde die Freilassung einer Kanadierin und eines Italieners gemeldet, die 15 Monate zuvor in Burkina Faso entführt worden waren. Ein bedeutendes Ereignis war die Freilassung im Oktober 2020: Im Austausch gegen etwa 200 inhaftierte Islamisten kamen der malische Oppositionsführer Soumaïla Cissé, eine französische Staatsbürgerin sowie zwei italienische Staatsbürger frei. Zeitgleich wurde die traurige Gewissheit, dass eine 2016 in Nordmali entführte Schweizer Missionarin von der AQMI ermordet worden war.

Von den im Oktober 2020 noch vermissten westlichen Staatsbürgern ist das Schicksal des deutschen Entwicklungshelfers mittlerweile geklärt: Er kam im Dezember 2022 nach über viereinhalb Jahren Gefangenschaft frei.

□□□□□□□☀□□□□□□□□

Die Beitrag-Links führen zu den entsprechenden Orten auf der Weltkarte und weiterführenden Informationen.

Die ursprünglichen Texte für diese Dokumentation stammen aus dem ehemaligen Länderportal der GIZ (Verfasser: Kai-Uwe Seebörger). Die Urheber wurden über die Zweitveröffentlichung und erneute Überarbeitung auf dieser malischen Tourismusseite informiert.